

Gericht: Heimkinder zurück zu Eltern

Kinder wegen Schulden für vier Jahre lang abgenommen – Tochter in Heim missbraucht

Von Robert Stammer

OSTERMIETHING/SALZBURG. „Heute in einer Woche ist es soweit und mein Mann und ich dürfen unsere zwei Kinder vom Jugendheim nachhause mitnehmen und das für immer“, sagt die Schichtarbeiterin Klara E. (52) und ist überglücklich. Kürzlich verfügte das Bezirksgericht Salzburg, dass das Sorgerecht für den Sohn (9) und die 13-jährige Tochter dem Jugendamt wieder entzogen und auf die Eltern übertragen wird.

OÖNachrichten-Leser kennen die Geschichte: Der Vater aus dem Bezirk Braunau wurde 2008 arbeitslos, es häuften sich Miet-schulden in Höhe von rund 3000 Euro an und die Familie musste aus ihrer Wohnung ausziehen. Die Eltern wurden sogar wegen Einmietbetrugs für 48 Stunden in U-Haft genommen. Daraufhin nahm



Kinder dürfen nächste Woche zurück zu ihren Eltern nach Ostermiething. (privat)

das Salzburger Jugendamt die Kinder ab und gab die beiden in eine Jugend-WG in der Mozartstadt. In dieser Zeit spielte das Schicksal der Familie übel mit: Der Sohn erkrankte an Leukämie und die Tochter soll in der Einrichtung

von einem älteren Burschen sexuell missbraucht worden sein. Die 13-Jährige machte gegenüber einem Gutachter im Obsorgeprozess erschütternde Aussagen. Pikant: Das Heim und das Jugendamt zeigten den Fall nicht bei der

Justiz an. Erst das Pflęgschaftsgericht erstattete eine Anzeige. Deshalb sei gegen den minderjährigen Burschen ein Verfahren wegen Vergewaltigung anhängig, sagt Marcus Neher, Sprecher der Staatsanwaltschaft Salzburg.

Das Pflęgschaftsgericht übertrug das Sorgerecht wieder auf die Eltern, ordnete aber eine Schuldenregulierung an. Die Linzer Konfliktshelferin Margret Tews hat den Auftrag, die Braunauer Familie dabei zu unterstützen. „Es gibt aber neue Geldsorgen: Das Jugendamt lässt seit Ende Februar den Selbstbehalt für die Heimunterbringung in Höhe von 12.000 Euro exekutieren“, sagt Tews. Terminvereinbarungen bei der Salzburger Landeshauptfrau Gabriele Burgstaller und Soziallandesrat Walter Steidl (SPÖ) über eine gütliche Kosteneinigung seien bisher stets gescheitert, sagt Tews.